

Trump, Europa und die Judenmission

Absagen an Judenmission und „rechte Hetze“ sowie ein Bekenntnis zu einem solidarischen Europa: Kurz nach der Eröffnung des 500. Reformationsjubiläums hat die EKD-Synode in Magdeburg klare inhaltliche Schwerpunkte gesetzt. Nach dem Festjahr 2017 sollen wieder innerkirchliche Reformen auf die Tagesordnung kommen.

„Christen sind – ungeachtet ihrer Sendung in die Welt – nicht berufen, Israel den Weg zu Gott und seinem Heil zu weisen“, heißt es in einer Kundgebung, die die Synodalen intensiv diskutierten und dann einstimmig verabschiedeten (siehe Seite 2). Der „Bund Gottes mit seinem Volk Israel“ gelte uneingeschränkt weiter.

Im April war das Thema Judenmission bereits auf einem Studientag der EKD erörtert worden. Seit Jahrzehnten ist die Frage, ob Christen Juden davon überzeugen dürfen, dass der Weg zum Heil nur über den gekreuzigten Juden Jesus Christus führt, in der evangelischen Kirche kontrovers diskutiert worden.

Einige Landeskirchen haben sich schon in eigenen Erklärungen gegen die Mission von Juden ausgesprochen, in anderen gibt es unterschiedliche Ansichten. Bereits im vergangenen Jahr hatte sich die EKD-Synode klar vom Antijudaismus des Reformators Martin Luther distanziert.

Die in der Flüchtlingskrise offenbar gewordenen politischen und institutionellen Probleme der Europäischen Union waren ein weiterer Schwerpunkt der Beratungen. Die 120 Synodalen sprachen sich in einer Kundgebung zu Europa gegen „populistische Angstmache und rechte Hetze“ aus (siehe Seiten 3 und 5). Mit verunsicherten Menschen müsse aber der Dialog gesucht werden.

„Wir müssen klare Kante zeigen gegenüber allen Versuchen, völkisches Gedankengut und rechtsextremistische Kampfrhetorik in unserem Land wieder salonfähig zu machen“, forderte der Ratsvorsitzende der EKD, Heinrich Bedford-Strohm, in seinem Ratsbericht.

Die brennende Aktualität dieses Thema zeigte sich während der Beratungen: Viele Synodale verfolgten gebannt die nächtliche Stimmenauszählung bei der US-Präsidentschaftswahl. Der überraschende Sieg des republikanischen Kandidaten Donald Trump war dann nicht nur beherrschendes Gesprächsthema im Foyer, sondern fand auch Eingang in die Beratungen des Kirchenparlaments.

Das Wahlergebnis mache deutlich, „dass diese Herausforderungen auch außerhalb Europas sehr große Bedeutung haben“,

fügten die Synodalen kurzfristig in die Kundgebung zu Europa ein. Ihre Bestürzung über das Wahlergebnis brachte die Synode zudem in einem eigenen Beschluss zum Ausdruck. Trump habe „nicht nur mit Parolen der Angst, des Hasses und der Ausgrenzung ganzer Menschengruppen geworben, sondern auch die Demokratie und ihre Regeln verhöhnt“, heißt es darin.

Fassungslos zeigte sich Bedford-Strohm, der mit einer US-Amerikanerin verheiratet ist und dessen Söhne einen amerikanischen Pass besitzen: Die Aussagen des designierten Präsidenten im Wahlkampf „waren so spalterisch und so abwertend gegenüber anderen Menschengruppen, dass man Sorge haben muss, wenn Donald Trump jetzt diese politische Macht hat“.



Eine Bibel für jeden Synodalen: Die EKD-Synode macht sich dafür stark, dass die neue Luther-Bibel in einer App über 2017 hinaus für alle dauerhaft kostenlos zur Verfügung steht.

Innerkirchlich brachte die Synode eine weitere Annäherung der konfessionellen Bünde auf den Weg (siehe Seite 5). Der Ratsvorsitzende schaute zudem über die anstehenden Feiern zum 500. Reformationsjubiläum hinaus. Perspektivisch sollten „insbesondere die Aufgaben bei der Erneuerung unserer Kirche in den Blick genommen werden“, sagte er. Künftig sollen inhaltliche Fragen statt Strukturen im Mittelpunkt des Reformprozesses stehen. Mögliche Themen sind das Berufsbild des Pfarrers und eine theologische Profilierung des diakonischen Engagements.

Doch zunächst steht das große Festjahr 2017 an. Die Synodalen beschlossen, dass etwa 30 sogenannte Scouts aus Zivilgesellschaft und Kirche Veranstaltungen zum Reformationsjubiläum beobachten und ihre Eindrücke festhalten sollen. Ihr Bericht wird auf der nächsten EKD-Synode im November 2017 in Bonn beraten.

„Nicht berufen, Israel den Weg zu Gott zu weisen“

Auf dem Weg zum Reformationsjubiläum 2017 hat sich die Synode der EKD im Herbst 2015 mit dem Verhältnis Martin Luthers zu den Juden beschäftigt. Sie hat sich von Luthers Schmähungen gegenüber Juden distanziert und festgehalten, dass seine Sicht auf das Judentum nach unserem heute erreichten Verständnis mit der biblisch bezeugten Treue Gottes zu seinem Volk unvereinbar ist. (...)

Für die christliche Kirche ist ihr Selbstverständnis als Kirche Jesu Christi berührt. Juden verbinden damit eine lange und schmerzhaft Geschichte von Zwangskonversionen und der Bestreitung ihrer Identität als bleibend erwähltes Volk Gottes. (...)

Die Studie „Christen und Juden III“ der Evangelischen Kirche in Deutschland hat im Jahr 2000 festgehalten: „Der Begriff ‚Bund‘ verweist auf das Handeln Gottes,



Im Brief an die Römer bekräftigt Paulus mit dem Gleichnis vom Ölbaum Gottes ewiges Ja zu seinem Volk Israel.

seine begleitende Treue, von der Juden und Christen gleichermaßen leben“. Daraus folgt für uns: Christen sind – ungeachtet ihrer Sendung in die Welt – nicht berufen, Israel den Weg zu Gott und seinem Heil zu weisen. Alle Bemühungen, Juden zum Religionswechsel zu bewegen, widersprechen dem Bekenntnis zur Treue Gottes und der Erwählung Israels. (...)

Wir sehen uns vor der Herausforderung, unser Verhältnis zu Gott und unsere Verantwortung in der Welt auch von unserer Verbundenheit mit dem jüdischen Volk her theologisch und geistlich zu verstehen und zu leben.

*Auszüge aus der Kundgebung
„... der Treue hält ewiglich.“ Psalm 146,6.
Eine Erklärung zu Christen und Juden
als Zeugen der Treue Gottes,
vollständiger Text: <http://u.epd.de/o8d>*

Jüdische Stimmen zum Beschluss

Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland:
„Diese eindeutige Abkehr von der Judenmission bedeutet der jüdischen Gemeinschaft sehr viel.“

Andreas Nachama, Rabbiner und Jüdischer Präsident des Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit:
„Endlich ein Nein der EKD zur Judenmission – der Beschluss der Synode am 9. November war längst überfällig. Doch ist damit auch die Mission der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit erfüllt?“

Ein kleiner Rückblick: 1949 haben diese Gesellschaften im Nachkriegsdeutschland damit begonnen, den Dialog zwischen evangelischen, katholischen und jüdischen Menschen auf Augenhöhe zu führen. Nach annähernd zwei Jahrtausenden Judenmission und der Schoa waren solche Gespräche an der Basis dringend nötig.

Während des Dritten Reichs hatten sogenannte Deutsche Christen versucht, durch Abschaffung des ‚Alten Testaments‘ und weitere theologische Taschenspielertricks einen ‚arischen Jesus‘ zu kreieren. Die Berliner Fakultät der Evangelischen

Theologie an der Humboldt-Universität ist von dieser Tradition noch immer stark geprägt, wie der jüngste Vorschlag der Herabstufung der Hebräischen Bibel zu einer apokryphen Schrift zeigt – oder auch die Querschüsse einer Berliner Professorin auf der Synode, die verlauten ließ, der EKD-Beschluss habe keine Dringlichkeit, und Jesus habe ‚eine Bezeugung seiner Heil bringenden Rolle auch und zuerst für das Volk, aus dem er stammt‘.

Nun also der Beschluss der EKD, den Psalm 146,6 zitierend: ‚... die Treue hält ewiglich.‘ Versichert wird, dass der Bund Gottes mit seinem Volk Israel uneingeschränkt weiter gilt. Doch immer noch gibt es Evangelikale, die Juden bekehren wollen, und das von Papst Benedikt wieder eingeführte Karfreitagsgebet, das um ‚Erleuchtung der Juden‘ bittet. Und immer noch insistieren Pfarrer für interreligiösen Dialog im Gespräch mit Juden: ‚Sie müssen verstehen...‘

Die Mission der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit ist also noch lange nicht zu Ende. Denn auch nach dem wichtigen Beschluss der EKD können wir den Dialog zwischen Christen und Juden nicht allein den Kirchen überlassen.“

(erschieden am 17.11.2016 in der „Jüdischen Allgemeinen“)

„Das Ziel ist versöhnte Verschiedenheit“

Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm sieht in der ökumenischen Ausrichtung der Feiern zum 500. Reformationsjubiläum eine Chance. Die Sorge sei unbegründet, dass das reformatorische Profil der evangelischen Kirche bei einer allzu starken Annäherung an die Katholiken in einer Einheitskirche verschwinden könnte, sagte Bedford-Strohm in seinem Ratsbericht vor der Synode.

„Das Ziel ist vielmehr versöhnte Verschiedenheit“, betonte er. Es gehe um eine Gemeinschaft der Kirchen, die Differenzen nicht als Bedrohung, sondern als potenziellen Reichtum sehe. „Die Voraussetzungen dafür, dass wir 500 Jahre nach der Reformation hier durch die Feier eines das ganze Jahr währenden Christustestes einen entscheidenden Schritt weiterkommen, könnten nicht besser sein. Ich glaube, Martin Luther wäre glücklich darüber.“

Bericht des Rates: <http://u.epd.de/ogz>



Gemeinsame Pilgerreise des Rates der EKD mit Vertretern der katholischen Deutschen Bischofskonferenz ins Heilige Land: Landesbischof Bedford-Strohm (re.) und der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Marx, am 22. Oktober in der Dormitio-Basilika in Jerusalem.

Gegen Abschottung und für mehr soziale Gerechtigkeit in Europa

Zum notwendigen öffentlichen Diskurs gehört die Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, auch mit denen, die sich gegen die europäische Integration oder gegen die offene Gesellschaft wenden, für eine Re-Nationalisierung oder eine Abschottungspolitik plädieren. Wir wissen, dass Vorurteile und Haltungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bis hinein in die Kerngemeinden auch bei uns verbreitet sind.

Wir beziehen klar Position gegen populistische Angstmache und rechte Hetze. Aber wir suchen den Dialog mit denen, die der europäischen Integration kritisch oder ablehnend gegenüberstehen, die Angst haben oder mutlos sind und überlassen den Rechten und Populisten nicht die Köpfe und Herzen derer, die aus Verunsicherung nach einfachen Antworten suchen. Angesichts der US-amerikanischen Präsidentenwahl wird deutlich, dass diese Herausforderungen auch außerhalb Europas sehr große Bedeutung haben.

Um das Sterben an den Grenzen und auf dem Mittelmeer zu beenden, treten wir für sichere und legale Wege für Schutzsuchende in die Europäische Union ein. Es erfüllt uns mit Sorge, dass im Zuge der aktuellen Reform des Dublin-Systems Asylsuchende mit Sanktionen belegt und ihre Rechte beschnitten werden. Wir fordern stattdessen, dass menschenrechtliche Standards eingehalten und die Grundrechte der Schutzsuchenden in einem gemeinsamen europäischen Asylsystem verankert und garantiert werden. Wir treten besonders ein für Familien-

nachzug und den Schutz von Frauen, Kindern, Jugendlichen und verfolgten Minderheiten.

Wir stehen zu Europa als Friedensprojekt. Frieden gibt es nicht ohne Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit, Klimagerechtigkeit sind Voraussetzungen eines gerechten Friedens. Wir fordern den Stopp von Waffenlieferungen und Geldflüssen an Kriegsparteien als grundlegende Voraussetzung für eine Beendigung gewaltsamer Konflikte. Gleichzeitig fördern wir das zivilgesellschaftliche Engagement für Frieden und Praktiken ziviler Konfliktlösung. (...)

Wir treten für ein soziales Europa ein. Soziale Gerechtigkeit wird von einer Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland als vorrangige Aufgabe der Europäischen Union angesehen. Zu einem gerechten Europa gehört die Verständigung auf Mindeststandards sozialer Grundsicherung. Wir begrüßen den Ansatz der EU-Kommission, über eine europäische Säule sozialer Rechte die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion sichtbar zu machen. Die Wirtschafts- und Währungsunion braucht eine soziale Regierungsstruktur („Governance“), um den Herausforderungen von Jugendarbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung, aber auch den Anforderungen der Digitalisierung der Arbeitswelt nachhaltig zu begegnen.

Auszüge aus der Kundgebung „So wirst du leben (Lk 10,28). Europa in Solidarität – Evangelische Impulse“, vollständiger Text: <http://u.epd.de/o8c>

„Das Verbindende suchen und entwickeln“

Fragen an die Präsides der EKD-Synode, Irmgard Schwaetzer

Die EKD-Synode hat Signale für die Integration in Europa, gegen gesellschaftliche Ausgrenzung und gegen Rechtspopulismus gesetzt. Welche Wirkung entfalten jetzt die Beschlüsse von Magdeburg?

Wir haben zu vielen aktuellen Fragen Stellung bezogen. So ist in der Kundgebung „So wirst du leben“ den europäischen Kirchen aufgegeben, in Bezug auf die Schwachen in der Gesellschaft ihre Positionen in Übereinstimmung zu bringen. Die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) haben sich dieser Themen schon angenommen. Ich denke, dass wir mit der Kundgebung da noch weitere Impulse gesetzt haben.

Besonders betont wird die Lage der Flüchtlinge.

Die Flüchtlingsfrage brennt uns allen sehr auf den Nägeln. Es wird keine Entscheidung über eine gemeinsame Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union geben, solange in den Mitgliedsstaaten kein gesellschaftlicher Konsens in dieser Frage hergestellt ist. Und an dieser Stelle sind die Kirchen wieder gefordert.

Haben Sie schon Reaktionen aus den Landeskirchen zu den synodalen Diskussionen und Beschlüssen erhalten?

Bereits während der Tagung haben wir Rückmeldungen von den anwesenden Leitenden Geistlichen und den Leitenden Juristen, aber auch von unseren Gästen erhalten. Besondere Aufmerksamkeit hat auch bei den Landeskirchen und den Mitarbeitern der Kirchenämter die Erklärung zur Ablehnung der Judenmission gefunden. Mit der einstimmigen Verabschiedung einer klar formulierten Kundgebung haben wir gemeinsam ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, das Verbindende zu suchen, zu entwickeln und weiter zu fördern. Darin sehe ich eine wesentliche Aufgabe der Synode.

Die EKD-Synode hat der sogenannten Judenmission eine deutliche Absage erteilt. Das Thema wird in evangelikalen Kreisen aber weiterhin kontrovers diskutiert – überrascht Sie das?

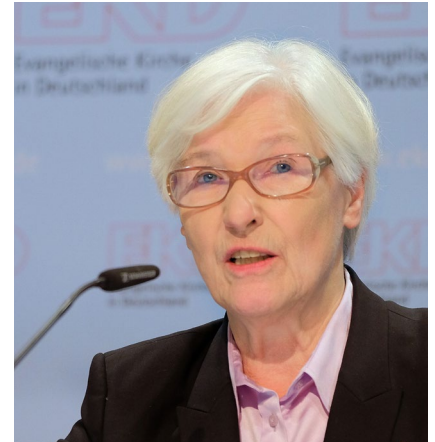
Nein, das überrascht uns nicht. Wir haben ja im Vorfeld schon sehr intensiv mit denjenigen Synodalen gesprochen, die sich den Pietisten und den Evangelikalen zurechnen. Von daher waren wir uns bewusst, dass die Debatte nicht mit dem Synodenbeschluss endet. Ich glaube aber, dass diese Brüder und Schwestern, die der Erklärung ja jetzt zugestimmt haben, mit dem Rückenwind der Einstimmigkeit die Diskussion in ihren eigenen Gemeinden selbstbewusst führen können.

Welche Rolle spielt die Kundgebung für den Dialog zwischen Juden und Christen?

Für das Miteinander mit unseren jüdischen Geschwistern war der Beschluss sehr wichtig. Es ist ein Zeichen im Hinblick auf die Woche der Brüderlichkeit im nächsten Jahr, bei der wir als Zeichen von Schuld und Anerkennung um Versöhnung bitten wollen.

Am letzten Tag wurde die Synodentagung durch das Ergebnis der Wahlen in den USA überrascht. Befürchtungen wurden laut, dass die Parolen der Abgrenzung und des Hasses, die Donald Trump als Kandidat ausgesandt hatte, nun Regierungspolitik werden könnten. Wie sehen Sie das mit dem Abstand der ersten Wochen?

Es gibt jetzt gemäßigte Töne. Man kann nur hoffen, dass das so bleibt. Und dass die reale Politik eine Abkehr von den Parolen des Wahlkampfes darstellt. Auf der anderen Seite muss man natürlich klar sehen: Im Wahlkampf ist eine Person nicht jemand völlig anderes als der, der in ihm steckt. Insofern bleibt es unsere Aufgabe, auch mit den Partnerkirchen in den Vereinigten Staaten für Menschlichkeit zu plädieren und für eine Gesellschaft einzutreten, die Nächstenliebe übt



Irmgard Schwaetzer

und sich gegen Ausgrenzung, Hass und Rassismus richtet.

Die Synodentagung wurde von vielen Journalisten begleitet. Wie beurteilen Sie das Echo in den Medien?

Wir sind sehr dankbar für das breite Medienecho und das Interesse, das sehr fachkundige Journalisten an der Synodentagung haben.

Die nächste Tagung der Synode findet 2017 in Bonn statt und zieht eine Bilanz des Reformationsjubiläums. 30 Scouts sollen den Synodalen berichten – wie werden die Beobachter jetzt rekrutiert?

Wir haben schon Vorgespräche geführt und Ideen gesammelt. Die Synode hat das sehr lebendig und nachvollziehbar diskutiert. Das Präsidium wird jetzt alle Hinweise und Wünsche aus den Ausschüssen und Arbeitsgruppen der Synode zusammenfassen.

Erstmals wurden in Magdeburg im Plenarsaal der Synode die Choräle nicht durch einen Posaunenchor begleitet, sondern durch eine Band. Wird dieser Sound auch bei den nächsten Tagungen zu hören sein?

Davon gehe ich auf jeden Fall aus. Die Premiere hat sehr große Zustimmung gefunden. Und ich bin sicher, dass die Band ihr Repertoire noch längst nicht ausgeschöpft hat. Für mich war das – wie so oft, wenn man etwas Neues wagt – ein sehr vielversprechender Start. Das ist auch ein Stück Erneuerung.

Mehr Solidarität in Europa

Die evangelische Kirche wünscht sich mehr Engagement gegen Ungerechtigkeit

„Das Problem Europas ist, dass nicht alle mitgenommen werden. Es bleiben zu viele auf der Strecke“, sagte der Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, Gerhard Wegner, zur Präsentation einer Studie auf der EKD-Synode, derzufolge die Europäische Union (EU) bei den Menschen in Deutschland ein schlechtes Image hat.

Laut der Studie von SI und TNS Emnid halten es 87 Prozent für wünschenswert, wenn sich die Staatengemeinschaft stärker dem Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit zuwendet. Befragt nach den Profiteuren der EU nannten 86 Prozent die Unternehmen, 81 Prozent die Finanzwirtschaft und 72 Prozent Besserverdienende. Nur 29 Prozent glauben, dass Arbeitslose von der Europäischen Union Vorteile haben. 28 Prozent nannten Rentner und 21 Prozent Geringverdiener als Profiteure. „Europa muss es gelingen, solidarischer zu werden“, betonte Wegner.

Fast 9 von 10 Bürgern wünschen sich, dass die EU die Schwächeren stärker in den Blick nimmt

EKD Evangelische Kirche in Deutschland

SOZIALWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT
der Evangelischen Kirche in Deutschland **BRD**

www.ekd.de/europastudie

Der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Michael Roth, sagte, Europa finde derzeit keine gemeinsame Haltung dazu, „was die christliche Tradition uns auferlegt“. Wenn zum Beispiel Politiker sagten, sie wollten Flüchtlinge nicht aufnehmen, weil sie

keine Christen sind, „dann müssen die Christen aufstehen“, sagte der SPD-Politiker, der der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung angehört.

Studie: <http://u.epd.de/o3i>

KIRCHENÄMTER WERDEN ZUSAMMENGELEGT

Die konfessionellen Bünde in der evangelischen Kirche rücken weiter zusammen. Die EKD-Synode stimmte für die Zusammenführung der Kirchenämter der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), der Union Evangelischer Kirchen (UEK) und der EKD. Zuvor hatten die Vollkonferenz der UEK einstimmig und die Generalsynode der VELKD mehrheitlich für die Zusammenführung der Ämter gestimmt. Einige Synodale aus lutherischen Landeskirchen tun sich schwer mit der Zusammenführung im Rahmen des sogenannten Verbindungsmodells. In der VELKD-Generalsynode war über juristische Fragen teils kontrovers diskutiert worden.

Beschluss zum Verbindungsmodell: <http://u.epd.de/o8o>

EVANGELISCHE MEDIEN MIT GROSSER REICHWEITE

Die evangelischen Medien „chrison“ und epd verzeichnen Rekord-Reichweiten. Die Zahl der Leser des Supplement-Magazins „chrison“ stieg auf 1,3 Millionen. Die in der Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse 2015 ermittelte Zahl bedeute ein Plus von rund 20 Prozent, sagte GEP-Direktor Jörg Bollmann vor der Synode. Auch die Zahl der Bezieher des Evangelischen Pressedienstes (epd) stabilisierte sich auf einem Höchststand. Die Nachrichtenagentur wird von zwei Dritteln der deutschen Tageszeitungen genutzt, darüber hinaus von Rundfunksendern und Online-Portalen.

Bericht des GEP: <http://u.epd.de/o8n>

Herausgeber:
Evangelische Kirche
in Deutschland (EKD)
Herrenhäuser Straße 12
30419 Hannover

Verantwortlich:
OKR Carsten Splitz,
Leiter der Pressestelle der EKD
Redaktionelle Bearbeitung:
Kerstin Kipp, Pressestelle der EKD

IMPRESSUM

Redaktion:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP),
Frankfurt am Main

Fotos:
S. 1: EKD/Uli Hacke
S. 2/3/4: epd-bild
Grafik S. 5: EKD/SI